

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

83 (27.3.1920) Erstes Blatt

Verlagspreis: In der Druckerei 4,00 M., an den Abnehmern 4,20 M., an den Ausgabestellen 4,40 M., an den Postämtern 4,60 M., an den Zeitungsverkäufern 4,80 M., an den Einzelabnehmern 5,00 M., an den auswärtigen Abonnenten 5,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 5,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 5,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 5,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,00 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 6,20 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,40 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 6,60 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,80 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,00 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 7,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 7,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,00 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 8,20 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,40 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 8,60 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,80 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,00 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 9,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 9,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 10,00 M.

Karlsruher Tagblatt

Verlagspreis: In der Druckerei 4,00 M., an den Abnehmern 4,20 M., an den Ausgabestellen 4,40 M., an den Postämtern 4,60 M., an den Zeitungsverkäufern 4,80 M., an den Einzelabnehmern 5,00 M., an den auswärtigen Abonnenten 5,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 5,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 5,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 5,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,00 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 6,20 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,40 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 6,60 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,80 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,00 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 7,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 7,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,00 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 8,20 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,40 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 8,60 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,80 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,00 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 9,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 9,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 10,00 M.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den literarischen Teil: Carl Hessemer und Hermann Weid; für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. W. A. K. S. in Karlsruhe. Redaktion: Dr. Kurt Seitz, Friedland, Poststraße 65/66, Telephonamt 2902. Für unentgeltliche Manuskripte oder Druckaufträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Nachdruck ist ohne Erlaubnis der Redaktion nicht gestattet.

117. Jahrg. Nr. 83. Samstag, den 27. März 1920. Erstes Blatt.

Der Zusammenbruch des Militärpuffes.

Die Demokratische Partei-Korrespondenz veröffentlicht über den Verlauf des Kapp-Putsch folgende Darstellung:

Der Militärputsch des kaiserlichen Deputierten Dr. Kapp, des Begründers der Deutschen Vaterlandspartei, ist ein Zusammenbruch. Aber unter den Bedingungen seiner Kuppelung werden wir nicht lange zu leben haben. Geht auf eine kleine Militärsache, hat er in der Nacht zum Samstag, den 13. März, sich in Berlin an der Spitze der öffentlichen Gebäude festgesetzt, eine sogenannte Regierung gebildet und sich zum Reichskanzler ernannt. Über schon am Sonntag mußte er die Ausübung seiner Staatsgewalt einstellen und erkennen, daß es ihm unmöglich sei, mit wenigen tausend Soldaten, auch wenn sie noch so gut bewaffnet waren, einem Volk von 60 Millionen seinen Willen aufzuzwingen. Schon am Sonntag, den 14. März, nachmittags, hat Dr. Kapp in der Voraussetzung des Zusammenbruchs sein amgekauftes Amt als Reichskanzler wieder preisgegeben wollen, aber Militär, der noch schwärze Draufgänger waren als er, haben ihn zurückgehalten. Nachdem er sich einmal auf das Unternehmen eingelassen habe, mußte er aushalten bis zum bitteren Ende.

Als Vorbereitend für den hochbeträgerischen Versuch, den Kurs des Reichsschiffes nach rechts zu lenken und die auf breiter demokratischer Grundlage aufgestaute neue Reichsverfassung zu stürzen, hat Dr. Kapp zunächst angegeben, eine Reihe von Ministern wurde zunächst zu erfassen, er folgte nicht den Wünschen, einzuweichen, daß er die Wiedereröffnung der Monarchie beabsichtige. Der Monarchist verwarf sich sogar gegen diesen Gedanken. Er behauptete, das Volk zur Arbeit und Ordnung zurückzuführen zu wollen. Als ob er nicht gerade im Augenblick der Gefährdung unserer wirtschaftlichen Zustände die Ordnung und Arbeit aus dem schändlichsten Vergewaltigt hätte.

Mit Äußerungen hat die Regierung des sogenannten Reichskanzlers Kapp ihre Herrschaft begonnen. Mit Äußerungen hat sie sich zu halten. Die Pressefreiheit wurde vollständig unterdrückt. Zeitungen durften in Berlin überhaupt nicht erscheinen. Dafür aber verbreitete die diesem. Reden der öffentlichen Meinung" ergebenen Zeitungen in ihren Ausgaben Nachrichten, als ob sich keine Stellung im Lande befinde.

Gleich der Nationalversammlung wurde auch die verfassunggebende preussische Landesversammlung — letztere einfach, in Unkenntnis der politischen Lage — ausgesetzt, obwohl ihr bisher auch der Entwurf einer Verfassung noch nicht vorgelegt worden ist.

Die Deutschnationalen erheben heute Vorwürfe gegen die Reichsregierung, weil diese nicht den Versuch gemacht hat, die Wehrkraft des Kapp zum Truppen-Kommandanten ernannten Generals v. Lüttich mit dem kaiserlichen Band niederzuschlagen. Die Regierung Ebert-Bauer verdient Dank, daß sie Vorkautionen zu vermeiden beabsichtigt war. Wenn sich auch aus der vorübergehenden Verfassung des Reiches der Regierung nicht zu entnehmen lassen, daß sie die Wehrkraft nicht zu unterdrücken beabsichtigt haben: Die Ereignisse haben gezeigt, daß die Mitglieder der Regierung nicht gegen die Wehrkraft der Kapp-Regierung zu kämpfen haben. Die Wehrkraft der Kapp-Regierung hat sich nicht nur nicht unterdrückt, sondern hat sich noch mehr vergrößert. Die Wehrkraft der Kapp-Regierung hat sich nicht nur nicht unterdrückt, sondern hat sich noch mehr vergrößert. Die Wehrkraft der Kapp-Regierung hat sich nicht nur nicht unterdrückt, sondern hat sich noch mehr vergrößert.

Bei den Mehrheitsparteien traf Dr. Kapp natürlich einmütigen Widerstand. Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten sind in diesen Tagen durchwegs einmütig vorgegangen.

Der Mehrheitsausschuß der Nationalversammlung hat schon am 13. März einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Militärputsch einen verwerflichen, mit aller Kraft zu bekämpfenden Verfassungbruch darstellt, eine Verletzung des wieder gefundenen Verfassungszustandes, sowie die Verletzung des inneren und äußeren Friedens bedeutet. Der Reichsausschuß hat sich ebenfalls einmütig gegen die Autorität der Nationalversammlung und die von ihr eingeleitete Regierung ausgesprochen.

Die Haltung der Rechtsparteien.

Die beiden Parteien der Rechten haben gegenüber den Ereignissen vom 13. März eine recht zweideutige Stellung eingenommen. Die Deutsche Volkspartei bekannte sich am 15. März zur Regierung Kapp in einem Aufruf, in dem es hieß: „Wir fordern die schnelle Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige.“ Nicht ein Wort des Vorwurfs hatte die Deutsche Volkspartei in diesem Aufruf gegen die Empörer Kapp und Genossen. Deshalb ist kein Ausdruck der Brandmarke dieses unerhörten Verhaltens scharf genug!

Eingeladene Führer der Deutschnationalen haben das Vorgehen von Kapp zwar scharf beurteilt,

Aber ein Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei vom 16. März enthält wenigstens ein indirektes Bekenntnis zur Kapp-Regierung.

Kapp und die Unabhängigen.

Eine Verbindung der Kapp-Regime mit Führern der Unabhängigen hat, wie mehrfach behauptet wird, während der kritischen Tage bestanden. Major Kapp hat gegenüber Abgeordneten der Mehrheitsparteien am 17. März bestätigt, daß die Unabhängigen bauernd mit dem Kommando Lüttich in Verbindung gewesen sind: Oberst Bauer, der oft die „rechte Hand Lüttichs“ genannt worden ist, hat mit Unabhängigen verhandelt, auch General von Lüttich. Oberst Bauer hat den Gedanken gehabt, mit den Unabhängigen zusammen, den Parlamentarismus zu beseitigen.

Drohung mit dem Bolschewismus.

„Die Freianne draußen arbeiten für uns.“ Mit diesen Worten verließ der Führer der Unabhängigen

Rücktritt des Kabinetts Bauer.

Berlin, 26. März. (Wolff.) Das Gesamtkabinett ist zurückgetreten. Die für heute nachmittag angeordnete Sitzung der Nationalversammlung ist abgeblieben.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns aus dem Ausland:

Trotz der schwierigen Erörterungen über die neun Punkte der Gewerkschaften, welche den reinen Arbeitervertretern einen übermäßigen Einfluß auf die Regierungsbildung und die gesamte Politik einräumen würden, und trotz der besonderen Opposition der Sozialdemokratie gegen das Verbleiben des Reichsjustizministers Schiffer, der selbstverständlich von der demokratischen Fraktion gebekkt wird, ist am Donnerstagabend die Umbildung des Kabinetts Bauer als Übergangskabinetts bis zu den Neuwahlen zustande gekommen zu sein. Gestern mittag hat sich nun plötzlich nach erneutem Ansturm der Arbeiterorganisationen und danach auch der sozialdemokratischen Fraktionen die Demission des Gesamtkabinetts Bauer als unvermeidlich erwiesen, weil das ja allerdings aus prinzipiellen Gründen von den Demokraten ursprünglich verlangt worden war. Begreiflicherweise herrschte danach in der Wilhelmstraße und am Königsplatz zunächst betrübliche Ratlosigkeit. Am späten Nachmittag war es nach langen vertranlichen Fraktions-sitzungen wieder verhältnismäßig ruhiger geworden.

Man hat den Eindruck, daß Hermann Müller, der sich zuerst getraut hätte, die Bildung eines Kabinetts zu übernehmen, diese Aufgabe doch im wesentlichen bereits gelungen ist. Geholfen hat ihm dabei vor allem der in allen Mehrheitsfraktionen vorhandene Wille, die alte Koalition aufrecht zu erhalten, weil die Eindämmung der Springfluten von links wie von rechts das unbedingte Gebot der Stunde ist, das keinen Aufschub duldet und dem sich gerade die alte Koalition trotz ihrer Mängel und Fehler einfach nicht entziehen darf. Es geht eben um das Wohl und Wehe des ganzen Reiches. Ob die Ministerliste ein paar Stunden früher oder später fertig und bekannt wird, spielt dabei natürlich keine Rolle.

Sehr wünschenswert wäre es natürlich, wenn nun endlich nach dieser provisorischen Sitzung und vor den Neuwahlen das deutsche Bismarck eine großartige Politik des Zusammenhanges für Demokratie und Arbeit, Reichseinheit und innere Versöhnung durch unabweisliche Ablehnung jeder Diktatur von links und rechts betreiben würde. Gerade dem demokratischen Süden wie im Norden den Handstücken würde es gut anstehen, die Führung zu übernehmen.

Zur Neubildung des Kabinetts.

Berlin, 26. März. (Wolff.) Nach parlamentarischen Mittelungen haben im Laufe des Nachmittags verschiedene ergebnislose Versuche einer Kabinettsbildung stattgefunden, an denen der Gewerkschaftsführer Legien und Außenminister Müller beteiligt waren. Die Lage blieb noch völlig ungeklärt. Immerhin wird auch in den Abendstunden in Kreisen der Nationalversammlung daran festgehalten, daß Hermann Müller Reichskanzler wird, und eine Ministerliste in Umlauf gesetzt, die Bauer als Reichsarbeitsminister, den Demokraten Gaas als Justizminister, Landsberg als Außenminister, Geßler als Reichswehrminister, Cuno als Reichsfinanzminister nennt. Schmidt soll Wirtschaftsminister bleiben, während das Ernährungsministerium mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll. Koch behält das Reichsministerium des Innern, als Reichsfinanzminister wird wiederum der Zentrumsabgeordnete Birch genannt, David und Gisherts behalten ihre Posten. Eine amtliche Beglaubigung dieser Liste hat noch nicht stattgefunden.

Adolf Hoffmann mit seinem Freunde Curt Rosenfeld am Dienstagabend das Abgeordnetenhaus, nachdem durch die Weigerung der Deutschnationalen, an einer Sitzung der Wehrkommission teilzunehmen, eine Wehrkommission der Führer aller Fraktionen bereit war. Adolf Hoffmann hatte recht: Die Wehrkommission am Kapp arbeiteten den radikalen Elementen mit in die Hände. Das war für jedermann klar. Aber obwohl von Anfang an feststand, daß der Staatsstreich vom 13. März die Gefahr des Bolschewismus gewaltig steigern würde, und obwohl Kapp, dieser Sperrriegel vor rechts her, selbst darüber niemals im Zweifel sein konnte, mochte der Wehrkommission, als sein Abenteurer aufkommen zu brechen drohte, das Volk aufzurufen zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus.

Einigungsversuche Kapps.

Durch Einigungsversuche hat Kapp schon am 15. März seine Schwäche auf derbergen gesucht. Er

Neuerungen des Generals von Seeck.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 26. März. Der neuernannte Militär-Deputierter Seeck äußerte sich in einem Berliner Blatt über den letzten Putsch und über die gegenwärtige Lage. Er erklärte u. a.: Es ist klar, daß vorläufig im Volke eine furchtbare Mißstimmung und ein großes Mißtrauen gegen alles herrscht, was Offizier ist. Wir müssen nun die Suppe anschießen, die diese Leute uns eingebracht haben. Ich habe immer gemerkt, daß Koste war zu optimistisch, und ich selbst habe wohl an den Willen zum Putsch geglaubt, nicht aber an die Ausführung, weil ich eine solche Summe von Dummheit doch nicht für möglich gehalten habe.

General Seeck betonte dann, daß man natürlich jetzt bei der Liquidierung des Putsches auf die Empfindungen der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen müsse, aber auch auf diejenige der Truppen.

Dann erklärte der General: Die Situation im Ruhrgebiet sei noch sehr ernst. Die Wehrkommissionen seien zwecklos gewesen, da man mit den eigentlichen Kommunisten gar nicht verhandelt habe. Im Ruhrgebiet gebe es zweifelhafte, großartige, von langer Hand vorbereitete kommunistische Agitation. Die rote Armee sei wie in Rußland gut ausgerüstet und gefährlich. In den übrigen Teilen Deutschlands bestände eine kommunistische Gefahr nicht mehr, auch in Thüringen und Sachsen nehme die Verübung zu.

Schließlich sprach sich der General noch sehr ausführlich über die falsche Erziehung der Offiziere aus; besonders die älteren Offiziere seien politisch ganz ungeschult, dazu unverantwortlich verhebt von der rechtsstehenden Presse, von der linken dagegen übertrieben angegriffen. Der General verlangt, daß sobald wie möglich das jetzige Soldatenheer im Einverständnis mit der Entente durch ein neues Volksheer ersetzt werde, denn jedes Soldatenheer bilde eine Gefahr im Staate. Vorläufig könne man nichts anderes tun, als das Offizierskorps zu verjüngen und dafür zu sorgen, daß sich das Heer aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt.

Bolschewistische Kriegspläne.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Münster i. W., 26. März. Der „Münsterische Anzeiger“ teilt mit, daß am 13. März, dem Tage des Berliner Putsches, in Eisen eine Konferenz der linksradikalen Führer stattgefunden habe, an der außer 50-60 Vertretern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks 4 russische Offiziere der bolschewistischen Armee teilnahmen. Dort sei die Aufstellung der roten Armee und der jetzt in der Zeit ungeschulte Plan mit einem Anmarsch gegen Weisel und Münster in allen Einzelheiten beraten worden. Mit dem Vormarsch der roten Armee solle ein Anmarsch der russischen Armee gegen Polen Hand in Hand gehen. Trotz alledem, im Juli vor den Toren Berlins zu stehen. Der Kampf solle nach bolschewistischer Taktik geführt werden.

5. Berlin, 26. März. (Via. Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet, daß große bolschewistische Truppen-Aufmärsche in den einzelnen Ostschiffen nur sehr geringe militärische Kräfte, die diesem bösslichen Generalankum in keiner Weise genachbar waren. So war es den Bolschewisten ein Leichtes, die schwache Reichs- und Sicherheitswehr an erliegen und die Räte-diktatur zu proklamieren. Das Einvernehmen zwischen den Truppen und der Wehrkommissionen, die zum Teil unter der rücksichtslosen spartakistischen Wehrführung viel zu leiden hatte, ist nach wie vor aus. Die rote Artillerie ist gestern Abend durch wirkungsvolles Gegenfeuer zum Schweigen gebracht worden. Da Weisel die von Stariatus ertriebene direkte Bahnverbindung nach Holland beherrscht, ist mit weiteren Anzügen zu rechnen. Man sieht ihnen mit Aufrichtigkeit entgegen.

Der Kampf um Weisel.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weisel, 26. März. Seit gestern ist keine Aenderungen eingetreten. Aufkommend stellt sich die Lage jetzt so dar: Als der spartakistische Aufstand im ganzen Industriebezirk entflammte, waren in den einzelnen Ostschiffen nur sehr geringe militärische Kräfte, die diesem bösslichen Generalankum in keiner Weise genachbar waren. So war es den Bolschewisten ein Leichtes, die schwache Reichs- und Sicherheitswehr an erliegen und die Räte-diktatur zu proklamieren. Das Einvernehmen zwischen den Truppen und der Wehrkommissionen, die zum Teil unter der rücksichtslosen spartakistischen Wehrführung viel zu leiden hatte, ist nach wie vor aus. Die rote Artillerie ist gestern Abend durch wirkungsvolles Gegenfeuer zum Schweigen gebracht worden. Da Weisel die von Stariatus ertriebene direkte Bahnverbindung nach Holland beherrscht, ist mit weiteren Anzügen zu rechnen. Man sieht ihnen mit Aufrichtigkeit entgegen.

Anzeigen: Die Ogels. Anzeigenblätter über deren Raum 90. Die Anzeigenblätter 3. - M., an erster Stelle 3.50 M., abends nach 2 Uhr. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen (spätestens bis 4 Uhr nachmittags).

Verlagspreis: In der Druckerei 4,00 M., an den Abnehmern 4,20 M., an den Ausgabestellen 4,40 M., an den Postämtern 4,60 M., an den Zeitungsverkäufern 4,80 M., an den Einzelabnehmern 5,00 M., an den auswärtigen Abonnenten 5,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 5,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 5,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 5,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,00 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 6,20 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,40 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 6,60 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 6,80 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,00 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 7,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 7,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 7,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,00 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 8,20 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,40 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 8,60 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 8,80 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,00 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 9,20 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,40 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 9,60 M., an den auswärtigen Zeitungsverkäufern 9,80 M., an den auswärtigen Einzelabnehmern 10,00 M.

Der Zusammenbruch. Kapp verließ am Dienstag, den 16. März, und General von Lüttich makte am Mittwoch, den 17. März, beinahe ohne Widerstand. Ausdrücklich muß festgehalten werden, daß die Kapitulation ordnungsgemäß erfolgte. Schließlich waren es gerade Offiziere, die ihm den Ernst der Lage darlegten und seinen Rücktritt forderten. So wurde er sogar von den Truppen verlassen und preisgegeben. Einer der Generale rief Lüttich zu: „Ich bin Ihr Unterabnehmer.“ Sie können mich erschließen: aber Sie müssen mir erklären, was Sie beabsichtigen! Schon vorher hatte, nachdem der Putsch der Regierung Kapp auf Kollura von 10 Millionen aus der Reichskasse mit Zug und Nacht verweigert und ebenfalls für die Annahme an die Reichskasse, diese 10 Millionen herauszugeben, keine Unterdrückung gegeben war, ein an dem Staatsrecht beteiligter General dem General von Lüttich auf die Aufforderung, mit drei Kanonäusen diese Millionen von der Reichskasse trotzdem zu holen, die Antwort gegeben: „Ich bin kein Räuber oder Blünder!“

Jetzt behaupten die Deutschnationalen, daß die Führer der Mehrheitsparteien den Kapp, Lüttich und Genossen Ruhestände in dem Kabinett hätten und daß daraufhin erst die Kapitulation von Lüttich erfolgt sei. Dem gegenüber ist festzuhalten, daß die Mehrheitsparteien in einer interfraktionellen Wehrkommission ein Vermittlungsangebot Kapps, in dem er acht Korvetten aufgestellt hatte, rundweg abgelehnt haben. Sie haben bei einer Wehrkommission über den materiellen Anhalt der Forderungen festgesetzt, daß die Abhaltung der Reichsstaatsmahlen spätestens in zwei Monaten, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und die Umbildung der Regierung leblich Forderungen der Stunde sind, die nach den Erklärungen seit dem 13. März zu Selbstverständlichkeiten geworden waren.

Das Strafgesetzbuch droht den Döberer mit harten Strafen. Diese müssen gegen die Verbrecher Kapp und Lüttich in vollem Umfang zur Anwendung kommen. Denn sie haben am deutschen Volk ein Verbrechen verübt, wie es nichtswürdiger kaum erdacht werden könnte. Dann aber wird, sobald als möglich, bei den Neuwahlen zum Reichstag das Volksrecht das Urteil sprechen über die Freunde der Döberer und über die Parteien, die in diesen schweren Tagen lau befunden worden sind und vorwärts bei Seite gestanden haben, abwartend, nach welcher Seite sich der Erfolg neigen wird. Diese Folgenarbeiter sind mitzufallen an dem Verbrechen, dessen Fruchtbarkeit nur überfließen wird durch seine Sinnlosigkeit.

Das Strafgesetzbuch droht den Döberer mit harten Strafen. Diese müssen gegen die Verbrecher Kapp und Lüttich in vollem Umfang zur Anwendung kommen. Denn sie haben am deutschen Volk ein Verbrechen verübt, wie es nichtswürdiger kaum erdacht werden könnte. Dann aber wird, sobald als möglich, bei den Neuwahlen zum Reichstag das Volksrecht das Urteil sprechen über die Freunde der Döberer und über die Parteien, die in diesen schweren Tagen lau befunden worden sind und vorwärts bei Seite gestanden haben, abwartend, nach welcher Seite sich der Erfolg neigen wird. Diese Folgenarbeiter sind mitzufallen an dem Verbrechen, dessen Fruchtbarkeit nur überfließen wird durch seine Sinnlosigkeit.

Das Strafgesetzbuch droht den Döberer mit harten Strafen. Diese müssen gegen die Verbrecher Kapp und Lüttich in vollem Umfang zur Anwendung kommen. Denn sie haben am deutschen Volk ein Verbrechen verübt, wie es nichtswürdiger kaum erdacht werden könnte. Dann aber wird, sobald als möglich, bei den Neuwahlen zum Reichstag das Volksrecht das Urteil sprechen über die Freunde der Döberer und über die Parteien, die in diesen schweren Tagen lau befunden worden sind und vorwärts bei Seite gestanden haben, abwartend, nach welcher Seite sich der Erfolg neigen wird. Diese Folgenarbeiter sind mitzufallen an dem Verbrechen, dessen Fruchtbarkeit nur überfließen wird durch seine Sinnlosigkeit.

Frankreichs Enttäuschung.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 26. März. Die französische Deputiertenkammer ist gestern nachmittags 4 Uhr in die Behandlung der vorliegenden 14 Interpellationen über die auswärtige Politik einetreten. Auerst erhielt das Wort Louis Barthou, der Vorsitzende der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten. Er führte aus, er wolle den Ministerpräsidenten nicht für Artillerie verantwortlich machen, die nicht die seinigen seien. Der Glaube des Publikums an die Güte des Friedensvertrages habe abgenommen. Das läge an dem Widerstand, den Deutschland der Ausführung des Friedensvertrages entgegensetzte und von den unvorhergesehenen Schwierigkeiten, die Frankreich bei seinen Alliierten und Freunden erfare. Es sei Aufgabe der Kammer, daß man so viele Garantien verlange, daß der Friedensvertrag erhalten bleibe. Der Friedensvertrag habe Deutschland verbrückt unter Bedingungen, die es nach 1871 nicht gekannt habe. (Weisfall.) Staaten wie Bayern hätten keine diplomatische Vertretung mehr und der Vertrag habe die diplomatische und militärische Einheit Deutschlands zerstört. Es wäre eine Dummheit und Unfähigkeit, Deutschland vernichten zu wollen. Man müsse Deutschland gegenüber die Politik der Gerechtigkeit treiben, die in dem Friedensvertrag eingeschlossen sei. Das müsse man tun aus Gerechtigkeit und aus eigenem Interesse. Die Alliierten wünschten, daß Deutschland auch wie die anderen Völker, vorausgesetzt, daß ein Teil dieses Wohlstandes dazu diene, die Schäden, die es verursacht habe, wieder auszumachen. Wir haben das Recht, festzustellen, daß die Regierung, die den Friedensvertrag im Namen Deutschlands unterzeichnet hat, alles getan hat, um sich der Ausführung des Friedensvertrages zu entziehen. Er behaupte, daß von Seiten gewisser Alliierten gewisse Milderungen des Friedensvertrages angetrieben wurden, namentlich in Betracht der Verfolgung der Beschuldigten. Alle Alliierten und in Frankreich alle Parteien könnten die Aburteilung des Kaisers verlangen. Die moralische Notwendigkeit dieser Gerechtigkeitsschlichtung sei nicht von Frankreich ausgegangen, sondern von jenseits des Kanals. England habe die Aburteilung von Admiralen wie Tirpitz und Cavell verlangt, weil England die Folgen des U-Boot-Krieges, dieser Barbarei, am meisten zu ertragen gehabt habe. Seien nicht neun der französischen Departements zerstört

und armiert worden? Gabe Frankreich nicht die gleichen Rechte zu sprechen wie England? Seien nicht von den Sozialisten der französischen Kammer aus die bestialischen Proteste gegen die Deportierung in den Norddepartements erhoben worden? Habe Frankreich nicht die gleichen Rechte wie England, die Auslieferung der verurteilten Generäle zu verlangen, die die Deportierung befohlen hätten? Während mehr denn einem Jahre hätten die energischen Noten der Alliierten, die in der Absicht der Entlohnung und der Auslieferung gestellt seien, die Unterschrift der französischen Regierung getragen, die Konventionen jedoch trügen die Unterschrift der englischen Regierung.

Weiter sagte Barthou: Während eines Jahres habe Lord George den politischen Nutzen und den Wohlstand gehabt und jetzt stehe er aus den Augenwinkeln, die er aus dem deutschen Reich machen wollte, ebenfalls aus den Augenwinkeln, das alle seine Verurteilungen und die Revanche ausgeübt sei. (Lebhafter Beifall.) Deutschland entsiehe sich den wichtigsten Vertragsbestimmungen, namentlich im Hinblick auf die Entlohnung und die Auslieferung. Attentate gegen französische Offiziere und Soldaten kämen häufig vor. Frankreich müsse mit seinen Alliierten handeln, aber wenn sie nicht mitgehen wollten, auch ohne sie. Frankreich sei noch stark und hat genug, um die Bedingungen, die in der Verlesung des Friedensvertrages liegen, zu erfüllen.

Barthou befragte alsdann die Nichtparteiliche durch Amerika und sagte, es sei noch keine Hoffnung, daß Amerika schließlich doch ratifizieren werde. Vor allem aber sei es bedauerlich, daß es dem Völkerverbund, der ein Anker des Friedens und des Fortschritts sei, nicht annehme. Barthou wundert sich, daß Lord Robert Cecil von dem Vortritt Englands in Afrika gesprochen habe. England habe auch in Europa seine Sicherheit erhalten durch die Herrschaft der deutschen Flotte, während Frankreich noch nicht einmal wisse, warum die deutsche Armee entlassen worden sei. Man habe die deutsche Armee als eine siegreiche Armee nach Deutschland zurückführen lassen. Barthou befragte sich auch darüber, daß die allgemaine Dienstpflicht in England beschwunden sei. Auf England rube die Last nicht mehr, einen Teil der Welt unter Waffen zu halten. Mit Schärfe wandte sich Barthou gegen die Verleumdungen der Verbündeten, die in England zu revidieren. Diese Revision werde doch nur gemacht werden auf Kosten von Frankreich und zum Nutzen von Deutschland.

Der Interpellant ging alsdann dazu über, das russische Problem zu besprechen. Er sagte, man solle sich in Acht nehmen, daß man angeht die Haltung von Pitti und der Tatsache, daß Lord George die italienische Politik ermutige, nicht in Rußland zu intervenieren.

England und der Wiederaufbau Deutschlands.

London, 26. März. Lloyd George äußerte in einer Rede, Deutschland müsse die Schäden wieder gut machen, die es verursacht habe. Um dieses zu ermöglichen, sind die Vertreter Großbritanniens bereit, jeden gerechten und vernünftigen Vorschlag Deutschlands anzunehmen, um die zur Wiederherstellung seiner Industrie erforderlichen Kredite zu erhalten. Wenn Deutschland den festen Willen zeigt, die durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, so kann es darauf zählen, auf vernünftige und hochherzige Art behandelt zu werden. Dies wäre das beste Mittel, um den Frieden in Europa und die guten Beziehungen zu allen Nationen wieder herzustellen.

Amsterdam, 26. März. Wie die englischen Blätter melden, erklärte Churchill im Unterhaus unter Beifall, früher sei es die Stärke Deutschlands gewesen, die eine Gefahr für Europa gebildet habe, seit 18 Monaten bedeute jedoch die Schwäche Deutschlands eine Gefahr.

Zur Frage der Entsendung weiterer deutscher Truppen in das besetzte Gebiet.

Paris, 26. März. Es scheint, daß man auf Grund der seit zwei Tagen andauernden französischen und englischen Regierung geführten Verhandlungen über die Antwort auf die deutsche Regierung bezüglich der Entsendung von 60 000 Mann neuer Truppen in das Ruhrgebiet zur Verhängung der bereits dort stehenden 40 000 Mann regulärer Truppen vor einer Einigung steht. Die Engländer scheinen nunmehr entschlossen zu sein, diese Entsendung wenigstens bei dem heutigen Stande der Dinge nicht zu bewilligen. Diese Lösung entspricht dem Wunsch der französischen Regierung, wenn man zugibt sein, daß die Alliierten auf die Wünsche der französischen Regierung eingegangen sind und darauf verzichteten, in innerpolitische Fragen einzugreifen.

Die Strafprozessreform.

Von Landgerichtsrat Dr. Wolke.

Mit früheren Schritten stufte er daher, der Entwurf eines „Gesetzes über den Rechtsgang in Strafverfahren“ — man hätte wohl einfacher „Strafverfahrensordnung“ schreiben können. Aber er bringt dafür auch, wie St. Molau, einen neuen Satz mit neuen Sachen mit für die — Strafbüßen!

Wenn für sie selber an den neuen Mannern der Gerichtsgebäude Dantes Höllenpand stand: „Lacht alle Hoffnung ab“, so wird ihnen künftig, wenn der Entwurf Gesetz wird, die Indifferenz entgegenzutreten: „Kreuzt Euch!“ Denn statt vor den fünf hiesigen Mannern der Strafkammer, die in der Verlesung verschwunden ist, werden sie sich vor dem Strafengericht zu verantworten haben und, wenn eine weibliche Anwaltin unter ihnen ist, werden ein Mann und eine Frau als Schächter am Richteramt sitzen. Dieser Artikel ist schon hoffnungsvoller!

Aber ist nicht immer noch der böse Staatsanwalt da, aber er schreit nicht mehr: denn die neuen Vorschriften haben seinen Eifer nicht angetan. Und was die Hauptfrage ist, der Untersuchungsrichter, diesen Angelegenheiten, der so etwas von dem Inquisitionsrichter des Mittelalters mit seinen Dokumenten aus sich hat, hat ihnen im Vorbericht das Leben nicht mehr lauer gemacht.

Auch mit der Untersuchungsrichter sieht gar nicht mehr so schlimm. Man darf sich aber auch künftig dem Verfahren nicht durch die Hände entziehen oder Verhinderungen dazu treffen, sonst wird man hinter Schloß und Riegel gesetzt. Aber wegen Verbundlungssachen kann man nur verhaftet werden, wenn bereits feststeht, daß man es unternommen hat, Spuren der Tat zu beseitigen oder Zeugen oder Mitgeschädigte zu beeinflussen, und wenn zu befürchten ist, daß man das auch weiter tut.

Aber nun kommt das Schlimmste: man wird in der Hauptverhandlung ausdrücklich darauf hinweisen, daß man an einer Aussage nicht verpflichtet ist. Ver-

weert man die Aussage, dann kann einem das Geländnis und andere Angaben, die man etwa im Vorverfahren unvorsichtigerweise gemacht hat, gar nicht borgehalten werden, und man kann deshalb mit Ruhe abwarten, ob einem das, was man verbrochen hat, nachgewiesen werden kann.

So etwa wird sich in ardenen Rügen das künftige Strafverfahren gestalten, nachdem es durch den Entwurf „von dem ihm jetzt noch anhängenden Neuen des Inquisitionsverfahrens befreit“ worden ist und die Regeln des „Parteienverfahrens“ mit der Gleichstellung der Staatsanwaltschaft und des Beschuldigten als gleichberechtigter Parteien erhalten hat. Was wird dabei herauskommen?

Wer nun einmal einen Blick in den Gang einer anderen Untersuchung getan hat, weiß, mit welchen Schwierigkeiten die Ueberführung des Verbrechens verbunden ist, welche Widerstände des im Bunde mit seinen Angehörigen, Mitgeschädigten und Hintermännern stehenden Beschuldigten zu überwinden sind, und wie leicht es diesen ist, die als Schuldweisende in Betracht kommenden Tatsachen zu verschleiern oder zu beseitigen und dadurch zu bewirken, daß die Untersuchung im Sand verläuft. Um dies zu vermeiden, wurden seit der Untersuchungsabhandlung der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters geheim gehalten, bis die Ueberführung des Verbrechens gelungen war. Das soll künftig anders werden: Dem Beschuldigten und seinem Verteidiger ist in weitestgehendem Maß das Recht eingeräumt, den Benennungen des Ermittlungsverfahrens beizutreten. Was ist da natürlicher, als daß der Beschuldigte mit allen Mitteln versuchen wird, die Strafverfolgung zu hindern und zu vereiteln!

Nit zu einem solchen Versuch wird nicht die richtige Zeit? Der als Rechtslehrer bekannte Professor Dr. Richard Schmidt, der lange Jahre in Freiburg i. Br. als Hilfsrichter am Landgericht tätig war, weist in einem beachtenswerten Aufsatz in der juristischen Wochenschrift darauf hin, daß wir in Deutschland heute nicht mehr das Verbrechen haben, gegen das wir vor dem Kriege arbeiteten. Die Ueberzahl gewisser Deliktformen, der Widerstandsbandlungen gegen die Staatsgewalt, der Einbrüche, Betrugsfälle, Urkundenfälschungen, Raubverbrechen, Verbrechen, Mordverbrechen ist offenbar nicht so häufig, wie dem Richter, dem Sachverständigen und den Delikten Augenzeugen gar nicht zu reden. Dazu hat anachronistisch die meichende Generaldruck der alten Autoritätslehre, der Lehren der Arbeitgeber, der Sicherheitsbehörden um die Frucht und Gewalttätigkeit des Verbrechens in einzelnen Fällen, die Widerständigkeit und Unverträglichkeit des Angeklagten im Kampf mit den Behörden, den Polizeibehörden, den Untersuchungsrichtern und den erkennenden Gerichten unmerklich angenommen — vor allem auch die Mißbilligung des Publikums bei der Verlesung, die Unverträglichkeit des Neuenmaterials infolgedessen abgenommen.

Diesem Generaldruck des Verbrechen gegenüber sollen die Vorschriften des letzten Strafverfahrens in der Weise geändert werden, wie der Entwurf es vorsieht! Mit Recht warnt Richard Schmidt davor, indem er sagt: „Wird der Verfall der Willkür, so werden wir nichts anderes erleben als den völligen Abbruch unserer bei manchen nie bestrittenen Rängen doch festen und von gerechtem Geist geleiteten Rechtsinstituten in Strafrichter, Staat und Gesellschaft würden gegenüber den ädelsten und widerlichsten Schichten des Gemeinverbrechens so ziemlich wehrlos bestehen.“

Das auch die Reichsregierung zur Einsicht gekommen ist, daß bei der beständigen Lockerung der sittlichen Begriffe in weiten Volkskreisen und ihrer steigenden Abnahme gegen die Verlesung behördlicher Anordnungen das Verbrechen nicht mit dem Entzug des Strafrechts behandelt werden darf, das ihm der Entwurf zu Teil werden läßt, dafür spricht die Erlassung der Verlesungsverordnung, die mit ihren verschärften Verfahrensbestimmungen das gerade Gegenteil von dem Entwurf ist. Wenn man von der Regierung bei der Bekämpfung des Scheiterschänders und Schieberers — ob mit Recht oder Unrecht, mag dahin abgestellt bleiben — über so große Milde der Gerichte gefast hat, so darf man jetzt den Strafverfahrensreform und Gerichten nicht zumuten, daß sie mit einem „Messer ohne Schneide“, wie der Entwurf eines ist, dem Verbrechen um Leibe rücken sollen.

Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß der Entwurf — so laut er in anderen, hier nicht besprochenen Teilen ist — in seiner jetzigen Fassung nicht Gesetz wird.

Die deutsche Republik.

Aufruf der Reichsregierung an die Beamten.

Der Reichspräsident hat folgenden Aufruf erlassen: An die deutsche Beamtenchaft!

In den schweren Tagen, da einige fremdenfeindliche Abenteuer und ein kleiner Teil irregulärer Volksgenossen herauf, die Reichsregierung zu stützen und die Grundlage von Recht und Gesetz, die Verfassung, zu beseitigen, hat sich die deutsche Beamtenchaft in Reich, Ländern und Gemeinden in entschlossener Weisheit zur Verteidigung des Rechts und der Demokratie gegen Gewalt und Machtwillkür zusammengeschlossen. Die deutsche Beamtenchaft hat dadurch einen neuen Beweis ihrer Treue zur beschworenen Pflicht und ihres verfassungsmäßigen Gehorsams gegenüber der Reichsregierung gegeben und ihrer ehrenvollen Geschichte damit ein neues Dokument selbstloser und zielbewusster Arbeitstreue eingetragen. Durch ihre entschlossene Abgabe an die Männer des Staatsrechts und der Reaktion, durch ihr treues Festhalten an der verfassungsmäßigen Regierung und dem Gesetze hat die deutsche Beamtenchaft und in erster Linie die Beamtenchaft des Reiches, in hohem Maße dazu beigetragen, daß der wackelige Staatsfriede der Kamp und Württemberg so rasch in sich zusammenbrach und Recht und Gesetz gesteht haben.

Ich spreche den deutschen Beamten und Beamtinnen meine besondere Anerkennung und meinen und des Vaterlandes tiefempfindenden Dank aus und bin überzeugt, daß noch mehr, als es bisher der Fall war, auch das volle Vertrauen des gesamten Volkes diese Dienste der Beamtenchaft bezeugen wird.

Nun gilt es, die schweren Wunden, die das Verbrechen des 18. März dem deutschen Volke und dem deutschen Wirtschaftsleben geschlagen hat, zu heilen, das so fortwährend Verloren wieder erlangen und die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung fortzuführen. Ich bin überzeugt, daß auch hierbei die deutsche Beamtenchaft mit allen Kräften mitwirken und noch ihre Diensttreue und Vaterlandsliebe neu bezeugen wird.

res. Herzl. des. Bauer.

Eine Reichssteuer.

(Von unserem Dresdener Korrespondenten.)

C. Dresden, 26. März. Der Bund deutscher Metzgereien, der hier seinen Sitz hat, richtete an die Finanzminister des Reiches und der Einzelstaaten einen Brief, in dem er sich mit der Einführung einer Metasmetsteuer einverstanden erklärte. Doch verlangt er, daß diese Steuer lediglich für die Wohnungszwecke abgeführt und keineswegs Einkommensteuer trifft und daß den Mietern ein Einfluß auf die Festsetzung der Grundmieten gewährt wird.

Badischer Landtag.

Das Siedelungsgelände im Hagenhies. — Wiedewahl des Staatspräsidenten Gesetz. (Eigener Bericht.)

Die zweite Lesung der Gesetzesentwürfe über die Vereinigung der Gemeinde Kirchheim mit der Stadtgemeinde Seibelera und über die Verordnungsänderung des Staatsbahngesetzes sowie des Nachtrags zum Gesetz über die Festsetzung des Staatshaushalts für die Jahre 1918/19 ging am Samstag, die Entwürfe wurden alle drei ohne Wortmeldung einstimmig angenommen und haben nun Gesetzeskraft.

Der Kaufvertrag zwischen dem badischen Domänenrat und der Badischen Siedelungs- und Landbank, G. m. b. H. in Karlsruhe, über das Siedelungsgelände im Hagenhies war in den letzten Tagen im Ausschusse für die Siedelungsgelände im Hagenhies in eingehender Beratung worden. Ueber diese Verhandlungen und über die wirtschaftliche Seite dieser Frage unterrichteten uns die Leser zwei Artikel aus der Feder des demokratischen Abgeordneten Dr. Göttsch in Nr. 81 und 82 des „Tagblatt“, betitelt „Die Siedelungsbank“. Dr. Göttsch berichtete namens des Ausschusses über die seitigen Verhandlungen des Ausschusses über diese Verhandlungen. Die Abgeordneten Dr. Glöckner, Dr. Schöfer und Marum hatten folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle zu dem zwischen dem badischen Domänenrat und der Badischen Siedelungs- und Landbank, G. m. b. H., abgeschlossenen Vertrag über die kaufweise Abtretung eines Teiles des Domänenwaldes Hagenhies die Genehmigung unter folgenden Bedingungen erteilen: 1. Das Gebiet der Badischen Siedelungs- und Landbank unterliegt der Verwaltung des Landrats. 2. Die Verwaltung der Siedelungsbank wird dem Ausschusse für die Siedelungsgelände im Hagenhies übertragen. 3. Die Bestellung des Vorsitzenden des Ausschusses bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums.“

Der demokratische Abgeordnete Dr. Glöckner erklärte im Namen seiner Fraktion das Einverständnis mit dem Vertrag, einmal die Idee, den Hagenhies aufzukaufen, von einem Mitgliede der Fraktion schon im Oktober 1918 propagiert wurde. Lebhaft begrüßte der Redner, daß jetzt schon Protest erhoben werden müsse gegen, daß die Siedelungs- und Landbank, ohne den Landtag zu hören, gleich mit der Abhaltung begonnen habe; es sei dabei viel unruhig Soldaten besetzt worden (von 288 Soldaten rund 100 besetzt unruhig Soldaten). Dr. Glöckner legte seinen weiteren beachtenswerten Ausführungen die Begründung des obigen Antrags dar: er verlangte eine starke Einschränkung der Staatsregierung auf die Siedelungsbank; er unterrichtete die Fraktion, daß auf den Kosten des Vorsitzenden des Ausschusses dieser Bank ein erfolgloser Geschäftsmann, nicht aber ein Künstler oder ein Garten- und Siedelungsarchitekt gestellt werde. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Stöckner meinte, die Regierung hätte die Pflicht gehabt, schon früher den Landtag über die Pläne und Absichten der Siedelungsbank zu unterrichten und ihn nicht einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen; der Landtag müsse verlangen, daß die Regierung in großen Umfassen bekannt gibt, welche Pläne sie weiter verfolge. Arbeitsminister Hüderer erklärte, durch eine in den nächsten Tagen erscheinende Kollisionsverordnung werde bestimmt, was in dem obigen Antrag verlangt werde. Das Arbeitsministerium übernehme dauernd die Geschäfte der Siedelungsbank, erkläre aber, den Verwaltungsapparat nicht zu überflüssig gestalten zu wollen. Der Staat müsse den ihm gebührenden Einfluß auf die Bank und die Arbeit im Ausschusse haben; der 1. Punkt des Antrags dürfe nur unter den Umständen angenommen werden, daß keine Veränderung des Unternehmens herbeigeführt werde. Der demokratische Abgeordnete Odenwald bemerkte, er sehe dem Unternehmen sympathisch gegenüber, könne aber nicht alle Maßnahmen billigen, die bisher von der Siedelungsbank im Hagenhies getroffen worden seien. Ueber seien bereits 75 000 Reichsmark Sold in Werte von 35 Millionen Mark angekauft worden, ohne daß man den Landtag gefragt habe. Ferner erhebe der Rentensachbearbeiter Dr. Rehnert namens seiner Fraktion die Bedenken gegen die Einweisung, daß die badische Regierung diesen Vertrag dem Landtag nicht rechtzeitig, sondern erst auf Reklamation vorgelegt habe, und nachdem eine vollständige Tatsache geschaffen worden war. Der Rat sei in den Besitz der Siedelungsbank übergegangen, sei abgeholt worden, Batten seien bereits angekauft und ein Sagerwert für hohen Preis angekauft worden. Es sei also eine unumkehrliche Situation geschaffen worden. Selbst unter der alten, vielgeschmähten Privatregimentaria sei es niemals vorgekommen, daß man die Rechte des Landtages so mißachtet habe, wie es hier geschehen sei. Der badische Staat könne die Siedelungsbank an Grund und Boden eine sehr hohe Summe. Daher sei die Unternehmung sehr zweifelhaft und mit vielen Bedenken ausgestattet. Dem Vertrag selbst steht der Redner ablehnend gegenüber. Arbeitsminister Hüderer ging auf Einzelheiten der Rede ein und erklärte, daß der Landtag, dem neuen Unternehmen Verständnis und Wohlwollen entgegen bringen zu wollen. Dann legte der demokratische Abgeordnete Odenwald über die eigenartige Behandlung des Landtages durch die Regierung in dieser Frage und behauptete, daß der praktische Wert im Hagenhies das erste Opfer der Ansehensverluste werden solle. Der Landtag müsse den Vertrag anlässlich revidieren. Ministerialrat Sammet entgegnete, das Ziel des Vertrages sei, der Siedelungsbank Betriebskapital auszuweisen und die finanziellen Interessen des Staates ausreichend zu sichern. Dr. Schöfer vom Zentrum stellte fest, daß in den nächsten Tagen der Regierungsmann der Wasserwerken gefallen sei und das sei auf dem Interesse des Unternehmens. Dr. Rehnert und einige andere Mitglieder der Rentensachbearbeiter werden sich der Stimme enthalten, die Mehrheit werde den Vertrag genehmigen mit Rücksicht auf die sozialen Seiten des Unternehmens, aber der Arbeitsminister müsse nun recht bald ein Programm über die Melioration der Oberrheinischen in Lande vorlegen. Nach den Ausführungen des Arbeitsministers Hüderer hat die Regierung folgende Meliorationsunternehmungen im Auge: das Meliorationsunternehmen, das Niederungsland zwischen Bruchal und Biesloch, das Meliorationsunternehmen zwischen Rheinheim und Rheinheim, das Meliorationsunternehmen bei Donauheim, bei Gollingen, bei Niederburg und im Mainwald. An seinem Schlußwort betonte Dr. Glöckner ausdrücklich, daß der obige Antrag nicht lediglich einen Wunsch enthalte, sondern wirkliche Vertragsbedingungen, die eingehalten werden müssen; die Durchführung dieser Bedingungen brauche nicht eine Veränderung des Unternehmens zur Folge haben. Dr. Göttsch ging nochmals des Näheren auf die Verhandlungen im Ausschusse ein, worauf Arbeitsminister Hüderer nochmals betonte, dem 1. Punkt des Antrags eine mildere Fassung zu geben. Diefem Wunsch kamen die Anträge entgegen. Der Kaufvertrag und die Anträge wurden hierauf mit Mehrheit angenommen.

Am Schluß der Sitzung wurde, beantragt durch § 82 der badischen Verfassung, der Staatspräsident gewählt. Im Antrags der Vertrauensmänner einigte man sich mit Rücksicht auf die politische Lage, die Wahl des Staatspräsidenten für die Zeit

bis zum 1. April 1921 dem Landtag vorzuschlagen, ebenso die Wiederwahl der bisherigen Inhaber der Ämter, und zwar durch Auktion. Mit diesem Vorschlag war auch die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei einverstanden. Darauf wurde der bisherige Staatspräsident Geik durch Auktion einstimmig wiedergewählt, ebenso Amtsinhaber Trunt als Stellvertreter, was im Sinne einstimmiger Zustimmung ausfiel. Staatspräsident Geik dankte für das ihm angetragene Vertrauen und erklärte, die Wahl annehmen zu wollen; Minister Trunt tat ein Gleiches. Der wichtige III. Punkt der Sitzung wurde der badischen Regierung vorgelegt. In hervorragendem Maße verhandelt wir die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dem Minister des Innern Kammeler, der den Beziehungen instabiler Elemente von Anfang an starken Widerstand entgegensetzte. Diese Haltung war nur dadurch möglich, daß Kammeler wollte, er kann sich auf den größten Teil des badischen Volkes verlassen; er kann sich stützen auf seine eigene Partei und auf die Regierungsmitglieder der Demokratischen Partei und auf die selbst. Alleingänger haben die demokratischen Minister dem Minister des Innern deutlich zu verstehen gegeben, daß sie aus der Regierung austreten würden, wenn er den Forderungen der Instabilen nachgeben würde. Der Redner beauftragte dann die Vorgänge in Mannheim und jene im Reich und die Folgen des Kappstreiks. Eine Partei, die wie die Deutsche Demokratische Partei das Deutsche und das Nationale in den Vordergrund stelle, die haben wollen, daß das Volk in seiner Gesamtheit wieder in die Höhe kommt, müsse tief bedenken, daß durch die Ereignisse am 13. März in Berlin wieder neuer Mißtrau in das deutsche Volk hineingetragen worden ist, ein Mißtrau, der sich noch weiter auf verschiedenen Gebieten unmerklich bemerkbar machen werde. Der Berliner Reichstag habe auch die Einheit des Reiches stark gefährdet. Leute, die vor dem Reich in Berlin waren, haben wiederholt behauptet, daß Anhänger Kapp aus dem Einmarsch durch militärische Machte werde die Reichseinheit in Frage gestellt, entgegen: „Was geht uns dem Süddeutschen an? Wir wollen es soweit bringen, daß in Preußen der Reichstag herrscht, doch wir diese süddeutschen Minister endlich einmal wieder losbringen. Wir wollen jedem Krenken zum Verstand nicht, daß es ein Versteck ist.“ Aus diesen Worten sprach die Reichsversammlung in der letzten Session. Wenn man einen Mißtrau auf die Vorgänge der letzten 14 Tage werfe, so müsse man sagen, die Deutsche Demokratische Partei sei auf dem richtigen Wege in der Führung der Politik des Reiches und des Landes. Die Partei müsse in der Zukunft eine Politik des Ausgleichs der Gegensätze und der Verständigung der einzelnen Interessengruppen treiben. Die Würgerpolitik müsse sich vereinigen mit dem Teil der Arbeiterkraft, der den Willen habe, am Wiederaufbau des Staates weiter mitzuarbeiten; diesen Arbeitern müsse das Minimum die Hand bieten, damit sie nicht in das radikale Lager abgetrieben werden.

Der Demokratische Verein Karlsruhe

Legte in seiner gestern abend im Saal III der Bräuterei Schenck abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung über die politische Lage vor. Stadtrat Lacroix leitete die Versammlung, worauf der erste Vorsitzende des Vereins, Prof. Rebler, an Stelle der verabschiedeten Minister Summel und Dietrich einen Ueberblick über die augenblickliche Lage gab. Dabei betonte er, was wir schon wiederholt festgestellt haben, daß wir die Ruhe in Baden der besonders guten politischen Schulung und Einsicht des badischen Volkes und der feinen Haltung der badischen Regierung verdanken. In hervorragendem Maße verhandelt wir die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dem Minister des Innern Kammeler, der den Beziehungen instabiler Elemente von Anfang an starken Widerstand entgegensetzte. Diese Haltung war nur dadurch möglich, daß Kammeler wollte, er kann sich auf den größten Teil des badischen Volkes verlassen; er kann sich stützen auf seine eigene Partei und auf die Regierungsmitglieder der Demokratischen Partei und auf die selbst. Alleingänger haben die demokratischen Minister dem Minister des Innern deutlich zu verstehen gegeben, daß sie aus der Regierung austreten würden, wenn er den Forderungen der Instabilen nachgeben würde. Der Redner beauftragte dann die Vorgänge in Mannheim und jene im Reich und die Folgen des Kappstreiks. Eine Partei, die wie die Deutsche Demokratische Partei das Deutsche und das Nationale in den Vordergrund stelle, die haben wollen, daß das Volk in seiner Gesamtheit wieder in die Höhe kommt, müsse tief bedenken, daß durch die Ereignisse am 13. März in Berlin wieder neuer Mißtrau in das deutsche Volk hineingetragen worden ist, ein Mißtrau, der sich noch weiter auf verschiedenen Gebieten unmerklich bemerkbar machen werde. Der Berliner Reichstag habe auch die Einheit des Reiches stark gefährdet. Leute, die vor dem Reich in Berlin waren, haben wiederholt behauptet, daß Anhänger Kapp aus dem Einmarsch durch militärische Machte werde die Reichseinheit in Frage gestellt, entgegen: „Was geht uns dem Süddeutschen an? Wir wollen es soweit bringen, daß in Preußen der Reichstag herrscht, doch wir diese süddeutschen Minister endlich einmal wieder losbringen. Wir wollen jedem Krenken zum Verstand nicht, daß es ein Versteck ist.“ Aus diesen Worten sprach die Reichsversammlung in der letzten Session. Wenn man einen Mißtrau auf die Vorgänge der letzten 14 Tage werfe, so müsse man sagen, die Deutsche Demokratische Partei sei auf dem richtigen Wege in der Führung der Politik des Reiches und des Landes. Die Partei müsse in der Zukunft eine Politik des Ausgleichs der Gegensätze und der Verständigung der einzelnen Interessengruppen treiben. Die Würgerpolitik müsse sich vereinigen mit dem Teil der Arbeiterkraft, der den Willen habe, am Wiederaufbau des Staates weiter mitzuarbeiten; diesen Arbeitern müsse das Minimum die Hand bieten, damit sie nicht in das radikale Lager abgetrieben werden.

Die Deutsche Demokratische Partei

verantwortet am nächsten Montag, nachmittags 2 Uhr, in Karlsruhe im großen Saal des Rinkhofes eine Sitzung des Landesauschusses. Die Tagesordnung lautet: 1. Beratung des Sechsbundentwurfs; 2. Einberufung der ordentlichen Landesversammlung; 3. Bericht und Aussprache über die politische Lage.

Der Demokratische Verein Freiburg

gestaltete am 26. ds. Mts. abends eine Mitgliederversammlung ab. Professor Schmidt sprach über die Vorgänge im Reich, im Land und in Freiburg, besonders auch über seine Tätigkeit im Aktionsausschusse. Ueber die Freiburger Vorgänge hat das „Karlsruher Tagblatt“ schon berichtet. Der Generalrat hat uns in große Verpflegungsschwierigkeiten gebracht. Die Stadt Basel hat mit vier Waggons Mehl ausgeholfen, die trotz des Widerstandes eines Finanzbeamten noch rechtzeitig ausgeladen wurden. Durch Vermittlung des Landesauschusses erhielten wir auch 800 Doppelzentner Mehl von Ludwigshafen; durch Weistredung soll nun eine Menge von 400 Doppelzentnern angeliefert werden; ferner beschaffte der Aktionsausschusse schärfere Munition, insbesondere des Feils und der Auslandslieferungen. Durch den Streik der Arbeiter und der höheren Beamten ist die Reaktion angewendet; bei der eingetretenen Radikalisierung muß sich aber die Sozialdemokratie hüten, das Vergertum zu verhängen und der Reaktion wieder auszuweichen. Eine weitere übliche Folge der Wirt ist die Forderung der Reichswehr, die gänzlich neu organisiert werden muß. Jetzt ist es ein offenes Verbrechen des Bürgerkriegs zur Republik, um das Vertrauen der Arbeiter wieder zu gewinnen. Denn aber auch Vertrauen gegen Vertrauen! Die junge Demokratie, insbesondere die Jugend in unserer Partei, muß sich rühren.

Die Ausführungen des Redners vertieftend sprach Johann Dr. Fielesfeld über die Kappfelder Forderungen und die Ausdehnung der Deutschnationalen Partei in Baden. Er beauftragte die jetzt üblichen Schlagwörter: Forderung von Sachmännern, Abschaffung der Zwangswirtschaft, sofortige Wahlen (für die grundlegenden Ergebnisse der Reichsregierung vom 1. Oktober 1919 noch nicht vorliegen) und die zweite Voraussetzung, das Wohlgehe, noch nicht gelöst ist. Es darf nicht die Parole besetzt werden: Hier Bürgerum, hier

Arbeiterchaft! Es muß an lokale Durchführung der Gesetze gegangen werden, die wie a. B. Sozialversicherung und Betriebsrätegesetz, bei der Lieberlichkeit der Reformen in der Ausführung verzögert worden sind. Die Forderungen der Berliner Gewerkschaften sind nicht revolutionär und werden sich mit Recht gegen die rückständige preussische Verwaltung, bei der Pflicht für die Vergangenheit und Berücksichtigung der Gemütsmomente ist es aus Verbandsgründen erleuchtend, daß die Republik jetzt die einzige mögliche Staatsform ist; deswegen können, dürfen und müssen wir freimütig erklären: „Wir sind Republikaner“.

Einstimmig wurde von der schreibenden Versammlung eine Entschließung des Inhalts angenommen, daß an der Koalitionsregierung feilschalten, Gemeindepolitik unbedingt abzulehnen, eine Zusammenfassung aller Kräfte auf demokratischer Grundlage und Demokratisierung der Verwaltung zu erreichen ist, daß die Reichswehr umgestaltet werden und Bestrafung aller am Untertun Schuldigen einzutreten muß.

Badische Politik.

Die neue Gemeindeordnung.

Die neue Gemeindeordnung ist im Entwurf fertiggestellt und dem Landtag vorgelegt worden. Das Bürgergesetz wird in zwei bis drei Wochen dem Landtag zugehen. Auch diese gesetzgeberische Arbeit wird in Wäde erledigt werden.

Inzwischen hat der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens bei den Gemeinden die angemessene Befolgung der Bürgermeisterei und Gemeindebeamten angeregt. Ein großer Teil der Gemeinden ist der Angelegenheit gefolgt und hat den Beamten Aufbesserungen gewährt. Es ist zu hoffen, daß auch jene Gemeinden, die sich leider noch nicht haben entschließen können, ihren Beamten die in der heutigen Zeit gemäß notwendigen Gehaltsaufbesserungen zuzubilligen, nicht länger in ihrer absonderlichen Stellung verharren. Die Gemeinden werden in ihrem Interesse vorziehen, dem Zwangsgericht der Schlichtungsausschüsse, die in der neuen Gemeindeordnung vorgesehen sind, zu entsagen. Eine gütliche Regelung ist im Interesse aller zu empfehlen. Auch hierüber dürfte eine abschließende Regelung der Gemeindeglieder für die Gemeinden von Vorteil sein.

Änderung in der Einteilung der Amtsgerichtsbezirke Offenburg, Kehl und Bühl.

Nachdem die Verfassungsänderungen beschlossen sind, ist die i. Zt. mit Rücksicht auf die Verlegung des Bundespräsidenten Kehl erfolgte Aufteilung des in das besetzte Gebiet fallenden Teils des Amtsgerichtsbezirks Offenburg zum Amtsgerichtsbezirk Kehl und des von der Verlegung freibleibenden Teils des Amtsgerichtsbezirks Kehl zum Amtsgerichtsbezirk Bühl mit Wirkung vom 1. April d. J. wieder aufgehoben.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat an die Volksschulrektorate der Städteordnungsstädte folgenden Erlass gerichtet:

Die bedrohliche fortschreitende Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten unter Jugendlichen, namentlich in den größeren Städten, läßt es als unabweisbare Pflicht erscheinen, die zur Entlassung kommenden Fortbildungsschüler vor ihrem Abgang von der Schule und ihrem Eintritt ins freie Leben über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu belehren und hohor zu warnen. Am zweckmäßigsten wird diese Belehrung durch den Vortrag eines Arztes erfolgen.

Kirchlich-politische Vereinigung.

Am Mittwoch, den 7. April, findet in Karlsruhe die Mittelbadische Versammlung der kirchlich-politischen Vereinigung für Baden statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Berichte über die außerordentliche Generalversammlung und die neue Kirchenverfassung, über die allgemeine kirchliche Lage und über die finanzielle Lage der evangelischen Kirche. Am Schluß an diese Tagung findet die Mittelbadische Versammlung der Freien kirchlich-sozialen Konfessionen statt, in der auch die Abhaltung eines kirchlich-sozialen Lehrganges im Herbst 1920 beprochen wird.

Aus Baden.

Verbesserung des Schnellzugfahrplans. Seit Donnerstag, 26. März, verkehren wieder die Schnellzüge D 10 Mannheim ab 5.15 Uhr nachm., Würzburg an 10.10, ab 10.20 nachm., Berlin nachm., Würzburg an 5.30 vorm., D 88 Berlin nachm., Würzburg an 5.20 Uhr nachm., Würzburg an 8.47, ab 4.07 vorm., Mannheim an 8.42 vorm.

Ferner verkehren die Schnellzüge D 1: Basel (Badischer Staatsbahnhof) ab 2.55 nachm., Berlin nachm., Würzburg an 9.21 vorm., D 2: Berlin nachm., Würzburg an 7.32 nachm., Basel (Badischer Staatsbahnhof) an 2.03 nachm., auf der gesamten Strecke wieder regelmäßig.

Automobilkontrolle.

Obwohl wiederholt auf eine umfassende Automobilkontrolle hingewiesen wurde, ist immer wieder zu beobachten, daß Automobile durchs Land fahren, ohne irgendwie angehalten und kontrolliert zu werden. Die Folge dieser Beobachtungen ist die steigende Unzufriedenheit bei der Bevölkerung, besonders haben die Landbesitzer bitter über die Tatsache, daß für Automobilwände immer weniger vorhanden ist, während für die landwirtschaftlichen Betriebe Brennstoffe dieser Art nicht zur Verfügung stehen.

Die Bezirksämter werden deshalb erneut angewiesen, die Aufsichtsberechtigten auf eine verstärkte Kontrolle zu verpflichten. Nicht nur die Gendarmerie hat bei ihren allgemeinen Kontrollen den Automobilverkehr zu überwachen, auch die Verwaltungen der Landgemeinden haben dafür zu sorgen, daß die Besondere sich dieser Kontrolle widmen. In den Städten hat sich die Staatspolizei dieser Aufgabe zu unterziehen. Die Kontrolle muß auch zu Nachtzeiten ausgedehnt werden. Trotz Verbot verkehren selbst bei Nacht solche Fahrzeuge, Automobile, die mit unzulässigen Fahrplänen versehen sind, werden angehalten; wenn notwendig, müssen die Führer halange festgenommen werden, bis die Bezirksämter entsprechende Entscheidung getroffen haben.

Die Zollgrenze im Bräudenopfergebiet Kehl.

Von Montag, 29. März, mittags 12 Uhr an, amüßigen die Zollbeamten des Landesgrenzamtes im Bräudenopfergebiet Kehl nicht mehr an der Grenze des besetzten Gebietes, sondern längs des Rheins. Es gilt also von da an die Landesgrenze als deutsche Zollgrenze. Die Zollämter in Dudenheim, Schutterwald, Bühl, Appenweier und Reinfretzen sind von diesem Tage an auszuheben. Für die Grenz- und Ausfuhr im Landstrafenverkehr mit Straßburg ist an der Rheinbrücke in Kehl ein Zollamt einzurichten worden. Der Eisenbahnverkehrsverkehr wird von einer besonderen Zollstelle am Bahnhof abgefertigt werden.

Es ist zu hoffen, daß nunmehr die händlichen Maschinen über unbedeckte Ausfuhr von Waren, besonders von Lebensmitteln, aus dem Bräudenopfergebiet nach dem Elbst verstimmen werden.

Erholungsanstalt für Kriegsbekämpfte.

Der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen gewährt in seinen Erholungsheimen kriegsbekämpften Handwerkern und Gewerbetreibenden einen drei- bis vierwöchigen Erholungsurlaub. Gesuche um Aufnahme sind durch Vermittlung einer anerkannten Organisation an den Landesverband in Rastatt (Abteilung Erholungsheime) zu richten.

Wiesental bei Bruchsal, 26. März. Am Mittwoch früh rüden 50 bis 60 Mann Reichswehrtruppen hier ein, um Hausdurchsuchungen bei den Bürgerheimarbeitern vorzunehmen. Bei verschiedenen wurden Tabakwaren gefunden. Als diese Waren fortgenommen werden sollten, entstand eine große Menschenansammlung, die gegen die Truppen eine bedrohliche Haltung einnahm. Da die Soldaten einmüßig, daß sie gegen die 600 bis 800 Personen nichts ausrichten konnten, sogen sie, um Unruhen zu vermeiden, ab.

S. Baden-Baden, 26. März. Hier steht abermals eine bedeutende Erhöhung der Fahrpreise für die elektrische Straßenbahn in Aussicht. Bekanntlich wurde schon in der Vorkriegszeit eine Erhöhung der Fahrpreise beschlossen, doch ein weiterer Jahresbedarf von 500 000 Mark notwendig ist. Der Stadtrat wird dem Vorkriegsausgleich demnach eine entsprechende Vorlage annehmen lassen. — Nach einem Bericht des Stadtrats weilt der Abkömmling des Voranichtlaas der Kurverwaltungskasse diesmal einen Umlauf von 2 1/2 Millionen Mark aus. Die Ausgaben haben sich wesentlich erhöht infolge vermehrter Personal- und sachlicher Ausgaben. Die Kurverwaltungskasse bedarf daher eines Aufschusses von rund 811 000 Mark aus allgemeinen städtischen Mitteln.

Freiburg, 26. März. Das Schwarzwalddel des Hoteliers Karl Bieringer ging durch Kauf in den Besitz der Ortskrankenkasse zu. Die Krankenkasse hat das große Hotelgebäude, das auch weiterhin als Hotel weitergeführt, während das Haus „Waldlust“ als Genesungshaus für Mitglieder der Krankenkasse dienen soll.

Freiburg, 26. März. Die biesige Handelskammer hatte an das Finanzministerium eine Eingabe wegen des Ausbaus der Elzabahn gerichtet. Hierauf wurde der Kammer die Antwort, daß es vorläufig unmöglich ist, die Bahnverbindung Elzabahn-Sausch herzustellen, da die Baukosten unter den heutigen Verhältnissen gegen 20 Millionen Mark betragen würden.

Freiburg, 26. März. Es ist gelungen, zwei Plünderer zu verhaften, die an den beiden letzten Skrawallen teilgenommen haben.

Badenweiler, 26. März. Die Lokalbahn Müllheim-Badenweiler hat in ihrem Bericht über die Jahresergebnisse 1919, daß die Lokrentierung des Elzabahn sehr unangenehm bemerkt gemacht hat. Die Personenbeförderung ist stark zurückgegangen. Es kann keine Dividende ausgeschüttet werden; die Fahrpreise werden wahrscheinlich abermals erhöht werden müssen.

Wiesloch, 26. März. In Buggesdorf wurde der Landwirt Keller nachfolgendes von Unbekannten in seinem Hause überfallen. Mit vorgetriebenem Revolver erzwangen die Räuber die Herausgabe von 10 000 bis 16 000 Mark, die Keller kurz zuvor beim Verkauf von zwei Ochsen eingenommen hatte. Die Räuber müssen von diesem Verbrechen Kenntnis gehabt haben.

Konstanz, 26. März. Am 29. Lebensjahr ist die Senatorin des Lebrinstituts Kloster Bettingen, Schwester M. Aquina Sattler, gestorben.

Aus dem Stadtkreise.

Die Arbeiterwerkstätten fallen am 1. April weg. Die vor dem ersten April gelösten Arbeiterwerkstätten können noch bis einschließlich 3. April benutzt werden.

Bergbahnbetrieb Dursch-Turmberg. Die Drahtseilbahn Dursch-Turmberg wird heute wieder eröffnet.

Landwirtschaftliche Ausbildung. Auf dem Schloßgut Gersheim, Post Oberstorf, Müllheim (Baden), werden in der von der Badischen Landwirtschaftskammer eingerichteten Lehrgewerkschaft für Wein- und Obstbau Lehrlinge zur gründlichen Ausbildung aufgenommen. Der nächste Jahreslehrgang beginnt am 15. April 1920.

Tarifverhandlungen im Wirtschaftsgewerbe. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände hat am 25. März auf einer Vollversammlung in Offenburg den von ihrer Kommission ausgearbeiteten Tarifvertrag angenommen und verabschiedet. Die Arbeitnehmer hatten inzwischen den Schlichtungsausschuß Karlsruhe angewiesen, der auf 26. März eine Sitzung anberaumt hatte. Der Schlichtungsausschuß gab einem Verlegungsantrag der Arbeitgebergemeinschaft statt, weil der Tarifvorschlag der Arbeitnehmer erst vor 4 Wochen bekannt gegeben war, und weil der letztere erst überredete Gegenwärtigkeit der Arbeitgeber den beteiligten Stellen zur Prüfung und Verhandlung vorgelegt werden muß. Der Vorschlag der Arbeitgeber geht — unter Anerkennung der Verpflichtung zur Beschäftigung der Arbeiter entsprechend der Grundlohne — von der Beibehaltung des Verdienungsmaßstabes aus, mit der Maßnahme, daß der Gehalt zur Zahlung des prozentualen Verdienungsmaßstabes, dessen Höhe gegenwärtiger Vereinbarung vorbehalten bleibt, angegeben werden soll. Die Arbeitgeber vertreten die Meinung, daß eine tabuläre Abschätzung des Verdienungsmaßstabes im gegenwärtigen Augenblick eine schwere Zerrüttung der Betriebe und eine Maßnahme bedeuten würde, die letzten Endes weder im Interesse der Beteiligten, noch im Interesse des Publikums gelegen ist.

Arbeiterbildungsverein. Am Montag sprach Medizinalrat Dr. Rosenberger vor Frauen und Mädchen über die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für die Familie. An der Hand von Lichtbildern sprach der Redner über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten, die Notwendigkeit frühzeitiger Nomenklaturnahme des Arztes und gründlicher Ausbildung sowie die Verpflichtung längerer ärztlicher Beobachtung. An der sehr lebhaften Aussprache beteiligte sich eine ganze Reihe der zahlreich erschienenen Zuhörerinnen. Die an den Redner gestellten Fragen betreffen die strafrechtliche Seite der Frage, die ärztliche Schweigepflicht und den Schutz der Familienangehörigen. Der ärztliche Leiter der hiesigen Beratungsstelle teilte mit, daß jeder Erkrankte sich unentgeltlich und unter Zusage freierwilliger Verdienungsleistung im Städt. Krankenhaus Rat holen könne, von wo er im Bedarfsfalle einem Spezialarzt über-

wiesen werde. Medizinalrat Dr. Rosenberger hat es verstanden, den gepöbelten Gegenstand in lehrreicher und lehrreicher Weise zu behandeln und ernste Lehren zu ziehen.

Hotelbierhäuser. Am 24. März d. J. wurde im Laufe des Nachmittags in einem Hotel in der Elzingerstraße Bettwäsche im Werte von 570 Mk. und zur gleichen Zeit in einem anderen Hotel in der Elzingerstraße Bettwäsche im Werte von 920 Mk. entwendet. Der Täter, der sich in einem Fall als Karl Stein, Feinmechaniker aus Stuttgart, und im anderen Falle als Karl Weinmann, Feinmechaniker aus Straburg, ins Fremdenbuch eintrug, verschwand jeweils nach kurzem Aufenthalt im Hotel mit seiner Beute. Er wird beschrieen als ein Mann im Alter von 30 bis 35 Jahren, 1,68 bis 1,70 Meter groß, bräunlich, schlank, blond und feines, gestricheltes Haar. Er trug dunkle Lederhosen, dunklen Hut, Stiefel und einfarbige Krawatte und hatte eine kleine Segeltuchtasche bei sich.

Eine falsche Rechnung

ist es, wenn jemand glaubt, der Bezug der etwas teurer gewordenen Zeitung sei überflüssig geworden. Selbst wenn man den ideellen Verlust ganz außer Betracht läßt, so entstehen dem wirtschaftlich Kurzsichtigen so viele Schäden, daß er bald einsieht, am falschen Orte gespart zu haben. Nun nehme man noch hinzu, was das „Karlsruher Tagblatt“ an geistigen Gütern jeden Tag bietet, und man wird erkennen, daß in ein gut deutsches Haus auch eine vortrefflich geführte Zeitung gehört.

Veranstaltungen.

Passionskonzert in der Christuskirche. Wie alljährlich, so veranstaltet der Christuskirchenchor auch in diesem Jahre am Karfreitag ein Konzert, dessen Programm dem Geist des heiligen Leidens entsprechend gewählt ist. Zur Mitwirkung sind gewonnen: Kammerorganist Jan van Gorkom (Wartton), Kl. Lulu Dörner (Violin), Fr. Mathilde Roth (Orgelbegleitung), Herr Gerh. Busenberger (Gesangsleitung) und Herr Hans Hoel (Orgel). Angesichts der großen Beliebtheit dieser Konzerte ist ein reicher Besuch zu erwarten. (S. d. Anzeiger.)

Die Beschäftigung von Verurteilten. Wie aus dem Anzeiger ersichtlich ist, wird am Karfreitag der gemeinde Chor der Lieberhalle gemeinsam mit dem verurteilten Landesbeschäftigten (etwa 400 Mitwirkende) das Werk zur Aufführung bringen. Das in geistlicher Hinsicht ansehnliche Vorhaben, welches Wert kann naturgemäß nur von einem hervorragend ausgebildeten und stimmungsausgleichenden Musikdirektor ausgeführt werden, wobei das prächtige Chormaterial der Männerstimmen der Lieberhalle ganz besonders wirksam sein wird. Der allgemeine Karfreitag hat schon recht zugebracht und wird durch die Musikantenbandung Müllheim bezaubert.

Seitensmänner Vortrag. Es sei nochmals auf die Verlesung aufmerksam gemacht, die am Dienstag, 30. März, abends 8 Uhr, im Saal d. Bräudenopfergebietes in der Waldstraße stattfindet, in der Herr Dr. Kretzer aus Breslau über „Derbesserte Schicksal Deutschlands“ vortragen wird. In diesem Vortrage werden die Verhältnisse der Verlesung in anderen öffentlichen Versammlungen rüde näher heran. Es ist sehr nicht nur die in Baden anfallenden Verhältnisse, Volk und Reich, sondern auch alle Kreise unseres Volkes müssen darüber aufgeklärt werden, was ungeheurer wirtschaftlicher Wert in den Abtunungsangeboten für unsere gesamte Volkswirtschaft in Frage stehen. In diesem Sinne will Herr Dr. Kretzer, ein angesehener, renommierter, durch seinen Vortrag ausfallend wirken.

So sind unsere Losen? Ueber dieses interessante Thema spricht am Sonntag abends 8 Uhr Frau Witzmann in der Saal Waldstr. 30. Der Eintritt ist frei.

Colosseum. Man teilt uns mit: Die Köhler Komiker Schmitt und Weiknecht werden mit ihrer Gesellschaft heute Samstag zum letzten Male die Bühne aufzuführen. Wenn die Liebe nicht wär. Morgen Sonntag und die folgenden Tage wird das Lebensbild in 4 Akten von Gelfand „Am die Uhr“ gegeben werden. Grindonnerstag, Karfreitag und Samstag vor Ostern bleibt das Colosseum geschlossen. Für Ostermontag und die folgenden Tage ist der Volkenschauspieler „Gottlieb, wo bist du“ in Vorbereitung.

Die Reshens-Vollspiele. Waldstr. 30, haben für die letzten Tage vor Ostern einen ganz hervorragenden Spielplan vorgezogen: „Der Darsel“, ein Drama in 4 Akten, dargestellt von einer erstklassigen Künstlergilde. Der Film „Die Frauen sind los“ über eine Nacht in Berlin wird die Besucher in heitere Stimmung versetzen — Schillerstr. 22 bringt den Film „Verlobung“, ein Drama in 5 Akten. Als zweiter Film ist „Dr. Schott“ vorgezogen, die Tragödie eines Arztes in 4 Akten mit Albert Baumbach. — Folgende 5 zeigt „Gines Mannes Wort“, ein Schauspiel in 4 Akten mit einem Massenauftakt von erstklassigen Künstlern. Außerdem sieht man die Tragödie „Arzt“ in 5 Akten.

Stadtsbuch-Aussüge.

Chenaustraße, 25. März: Wilh. Durel von Niedersach, Schloßer hier, mit Luise Ritter von hier; Siegfried Huben von Altmatt, Kaufmann hier, mit Henriette Sek von Müllheim; Jakob

Kolb von Soffenheim, Geier hier, mit Maria Stähler von Membrachshofen; Albert Raener von hier, Malermeister hier, mit Irma Eichholz von hier; Winfried Leonhardt von Maadenburg, Architekt und Dipl.-Ing. in Regensburg, mit Elisabetha Roth von Reutbad a. S.; Johann Bender von hier, Brunnenbauer hier, mit Maria Dentenich von hier; Leopold Markholzer von Seibelsberg, Büroassistent hier, mit Anna Kiefer von Karbach; Emil Haag von Gensheid, Schuhmacher hier, mit Verba Schriener von Maaen; Wilhelm Krauer von Stollhofen, Hofassistent hier, mit Marie Kull von Döbel; Albert Wenzel von hier, Schloßer hier, mit Kath. Reisch von Stollhofen.

Todesfälle. 24. März: Maria Weismann, alt 86 Jahre, Witwe des Landwirts Gottfr. Weismann. — 25. März: Ferd. Dieb, Architekt, Chemann, alt 70 Jahre; Marie Endreß, Dienstmädchen, lchia, alt 27 Jahre; Nofefa Eichmeier, Warmh. Schweißer, alt 62 Jahre; Karl Seelia, Student, alt 20 Jahre.

Verbrennungs- und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, den 27. März, 2 Uhr: Karoline Diemer, Kaufmanns-Witwe, Ristel 10. — 4 1/2 Uhr: Luise Gimmel, Fuhrmanns-Witwe, Waldhornstraße 40. — 1/2 Uhr: Margarete Weismann, Landwirts-Witwe, Rähringerstr. 4. — 8 Uhr: Wilhelm Schübe, Tapezier, Goethestraße 28. — 1/4 Uhr: Franz Kuhn, ehem. Kriegs-Infanterier, Kriegerstraße 103. — 4 Uhr: Nofefa Eichmeier, Warmh. Schweißer, Neues Vinzenzhaus.

Letzte Nachrichten.

Deutsch-polnischer Zwischenfall.

Danzig, 26. März. Wie die Blätter melden, kam es gestern abend auf dem Bahnhof Hohenstein bei Dirschau zu einem Zwischenfall mit polnischen Soldaten und deutscher Gendarmen. Ein von Berent kommender Güterzug traf mit 15 polnischen Soldaten unter Führung eines Offiziers in Hohenstein ein, die nach Dirschau wollten. Der Transport sollte weiterhin über Schönau und Polnisch-Stargard gehen, um nicht das Freistaatsgebiet zu berühren. Das polnische Militär begab sich in den Barterraum. Der sich dort aufhaltende Ortsgendarm Boh machte den polnischen Offizier auf das Waffenverbot für polnische Soldaten im Freistaatsgebiet aufmerksam. Der Offizier weigerte sich, dieser Vorberung Folge zu leisten, worauf sich ein Wortwechsel entspann, in dessen Verlauf es zu Schießereien kam. Der Gendarm wurde dabei schwer verwundet. Auf polnischer Seite wurden zwei Mann getötet und zwei weitere schwer verwundet. Inzwischen wurde vom Bahnhof Hohenstein Hilfe von der Sicherheitswehr angefordert, die auch sofort ein Kommando nach Hohenstein entsandte. Auch der Bahnhof in Dirschau erhielt telegraphisch Kenntnis von dem Vorfalle und sandte einen Zug mit Sanitätspersonal sowie zur Weiterfahrt des polnischen Militärs. Der Gendarm soll bereits seinen Wunden erlegen sein. Ebenso sollen die schwerverwundeten polnischen Soldaten bereits gestorben sein, so daß die Gesamtzahl der Todesopfer 5 beträgt. Die vorgenommenen amtlichen Feststellungen über die Schuldfrage sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite sind noch nicht abgeschlossen.

Rheinisch-westfälische Delegation in Holland.

Haag, 26. März. Zu der Meldung über die Ankunft von vier Reichsdelegierten im Haag erzählt das Niederl. Korrespondenzbüro von zünftiger Stelle, daß diese Delegierten einer Kommission von rheinisch-westfälischen Städten angehören, die schon seit längerer Zeit entsandt worden war, um mit Holland zwecks Lieferung von Lebensmitteln Verhandlungen anzuknüpfen. Das Korrespondenzbüro fügt hinzu, daß es zwischen den Delegierten und der Regierung nicht zu Verhandlungen gekommen sei.

Der deutsche Geschäftsträger in Rom.

Berlin, 25. März. Wie die Abendblätter melden, ist der Geh. Legationsrat im Auswärtigen Amt, Zahn, zum deutschen Vertreter in Rom ernannt worden.

Die deutsche Handelsflotte.

Paris, 26. März. (Wolff.) Einige Pariser Morgenblätter melden, die englische Regierung habe eingewilligt, die gesamte Handelsflotte von Frankreich in die französische Verwahrung zu nehmen, falls 800 000 Tonnen, unter noch nicht näher bezeichneten Bedingungen Frankreich zu überlassen.

Königsberg i. Pr., 26. März. (Eigener Drahtbericht, Wolff.)

Die am 20. März internierten drei Schriftleiter der „Oppressierten Zeitung“ befinden sich sämtlich wieder in Freiheit; dagegen wurde der Mitarbeiter und frühere Schriftleiter des Blattes, Dohmann, vorläufig in Haft behalten.

Leipzig, 26. März. (Eigener Drahtbericht, Wolff.)

In Grimmitzschau hat sich ein schändlicher, im Gegensatz zur sächsischen Regierung stehender, Uffiziionsauschuss gebildet. Seit Donnerstag ist dort die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Beschäftigung der Einzelnen wurde erzwungen. In Grimmitzschau wurde eine bewaffnete Bande von acht Mann, der es in der Nacht gelungen war, in die Kaserne einzudringen, nach kurzem Feuergefecht verfolgt. Auf Seiten der Truppen keine Verluste.

Tagesanzeiger.

Während es aus dem Anzeiger zu entnehmen

Samstag, den 27. März 1920.
Bad. Landestheater, „Andine“, abends 7 Uhr.
Städt. Konserthaus, „Rosal“, abends 7 Uhr.
Colosseum, Gastspiel Schmitt-Weiknecht, abends 7 1/2 Uhr.

Reidens-Vollspiele, Neues Programm.
Berl. Kino, Neues Programm.
Deutscher Monksbühnen, Christgrube Karlsruhe, Vortrag, abends 7 1/2 Uhr.

Stegengärtnerverein Karlsruhe, Hauptversammlung im Gold Adler, abends 8 Uhr.
K.V. Weierheim, Auswärtige Generalversammlung im Reichshof, abends 8 1/2 Uhr.
Karlsruher Musikverein, Vokalverein der K.V. Mannschaften gegen K.V. Pöblich im Salongarten, abends 8 Uhr.
K.V. Pöblich, Schillerweinfest gegen Weierheim, mittags 3 1/2 Uhr.

